

Die 'Arbeiter' wird ein neues und modernisiertes, an Form und Inhalt nach wie vor
Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ostpreußen 4,50 M., bei
direktem Postbezug monatlich 3,15 M., bei Zustellung unter Freivoß für Deutschland
7.— M., für Ausland 8.— M., per Viertel 15.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19/21.
Fernsprecher: Amt Norden 2505 und 2506.

Inserate folgen die achtspaltige, Donnerstagliche ob. beim Raum ein/cht, Eintragungszahlung
20 Pf. bei fortgesetzter Inserat 1/2 Pf., des weiteren Wort 1/4 Pf., Familien- und
Organisationsanzeigen die achtspaltige Donnerstagliche 2/3 Pf., das fortgesetzte
Wort 1/4 Pf., jedes weitere Wort 1/4 Pf. Insetate für den darauf folgenden Tag müssen
spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition eingereicht sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2505-06, 2769

Arbeiterzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die neue Teuerung.

Der Erfolg der Agrarier.

Von Emanuel Wurm.

Der agrarische Vorstoß, den wir in Nr. 29 anzeigten, hat zunächst ein Zurückweichen des Reichswirtschaftsministers in Bezug auf die Höhe der Preise zur Folge gehabt. Am 1. d. M. wird jetzt bekannt gegeben, daß das Reichswirtschaftsministerium dem Reichsrat eine Vorlage über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte von 1920 zugehen lassen wird, die mindestens das Doppelte der bisherigen Preise betragen. Auffallenderweise sind die am Sonntag früh von der offiziellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Sätze um 100 Mark niedriger, als die am Sonntag nachmittags durch Wolffs Bureau bekanntgegebenen; es scheint also doch in letzter Stunde den Agrarier ein weiterer Preisrückgang ermöglicht zu sein. Die vom Reichswirtschaftsministerium gemachten Vorläufe für die neuen Preise lauten:

1. Für die Tonne Weizen, Speltz (Dinkel, Fein), Emmer, Einkorn 1100 Mark.
2. Für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Mark.
3. Für die Tonne Kartoffeln 500 Mark.

Was diese Preise bedeuten, ersieht man durch einen Vergleich mit den früheren. Es kostete in Berlin die Tonne (1000 Kilogramm):

	1913	1919	1920
Weizen	199	455	655 Mark
Roggen	164	405	605
Hafer	162	—	—
Kartoffeln	54	125	175

In den Preisen für 1920 sind im Dezember vorigen Jahres gewährten Brämen eingeschlossen. Der Hafer wurde 1919 freigegeben und liegt infolgedessen auf 4200 Mark die Tonne, er wird wohl auch noch weiter steigen.

Die jetzt vom Reichswirtschaftsministerium in Vorstoß gebrachten Preise für die Ernte 1920, die also im August/September in Kraft treten würden, sind aber nicht, wie die bisherigen, Höchstpreise, die vom Verkäufer nicht überschritten werden dürfen, sondern sie sollen in dem Maße sein, unter die auf keinen Fall heruntergekommen werden darf. Sie sind demnach im Herbst die Höchstpreise festgesetzt werden, die also in jedem Fall höher sind, als die jetzigen Mindestpreise. Auch etwa noch steigende Produktionskosten sollen auf die endgültige Festsetzung der Höchstpreise bestimmend wirken.

zunächst scheint bei dieser Vorlage des Reichswirtschaftsministeriums anerkannt zu sein, daß es an der Festsetzung von Höchstpreisen festhält und nicht, wie die Agrarier es fordern, die Zwangswirtschaft aufheben will; es besteht sogar seinen Willen, den es mit der Freigabe des Hafers machte, ein, und will auch diesen wieder unter die Zwangswirtschaft stellen. Aber, wie wir bereits neulich darlegten, keine Erhöhung der Höchstpreise und was sie noch so bedeutend sein wird verhindern, daß nicht vor der Ablieferung der Reichsgetreide- und Reichskartoffelzellen so ungenügend bleibt, wie bisher, wenn nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen es dem Schleichhandel ermöglichen, den Markt zu beherrschen. Wo die Erhöhung der Höchstpreise würde nicht weiter auf höhere Preise, als die der Schleichhandelspreise noch höher steigen als bisher. Denn, daß die vom Reichswirtschaftsministerium bewilligten Mindestpreise den Appetit der Agrarier stillen, glaubt doch die Regierung selbst nicht. Und wie hoch die Höchstpreise sind, die von den landwirtschaftlichen Organisationen verlangt werden, zeigt ein Vortrag des Dr. Böhme, Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes und Mitglied der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung, den er vor dem Bund deutscher Getreidehändler hielt, und mit diesem die Freigabe des Handels mit Landesprodukten forderte, mindestens aber 1700 bis 1900 Mark für die Tonne Roggen als „angemessen“ erklärte.

Wie schon neulich erwähnt, ist es noch eine sehr bedeutsame Forderung, wenn die Mehrheit der Agrarier will durch die Freigabe des Handels den Weltmarktpreis, der entsprechend der bestmöglichen Weltmarktpreis sein soll, hindern ausstreicht, und auf der der Hafer mit 4200 Mark bereits sich befindet. Auch nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Preis-erhöhung dies zu gering; auch ihr Ideal ist selbstverständlich die uneingeschränkte Bekehrung des Marktes und damit

Verzicht auf die Auslieferung?

Paris, 15. Februar.

Wie die Morgenblätter melden, wird die Note betreffend die Auslieferung durch den englischen Geschäftsträger in Berlin überreicht werden. Das Schriftstück ist vom Präsidenten der jetzigen Konferenz in London, Lord Grey, unterzeichnet. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ sagt, die Note werde nicht vor Montag abend veröffentlicht werden.

Saint Price sagt im „Journal“, das Auslieferungsverfahren sei fallen gelassen worden für sämtliche Angehörige ohne Ausnahme.

Die Londoner Verhandlungen.

Wie Meldungen Pariser Blätter aus London ist gestern zwischen den drei alliierten Ministerpräsidenten beschlossen worden, die Türken in Konstantinopel zu belassen, aber eine europäische Kontrolle über die Meerengen aufzurichten.

Die alliierte Vorkonferenz hat beschlossen, nochmals bei allen alliierten Ländern die Aufmerksamkeit auf die tragische Lage Deutschlands zu lenken und die Notwendigkeit, ihm Hilfe zu leisten, zu betonen.

Wieder ein Zensurverbot.

Am Sonntagabend ist die „Tribüne“ in Erfurt aufs neue verboten worden, und zwar deshalb, daß mit folgender Begründung:

Beanspruchung aus Cassel vom 14. 2. 20. 440 nachm.
An Bezirksbehörden Erfurt.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. 1. 20 verbiete ich mit Zustimmung der Regierungskommissare, Oberpräsident Dr. Schwaner, auf die Dauer von vier Wochen Druck, Verlag und Vertrieb der Tribüne, Erfurt, auch in irgendwie veränderter Form. Zuwiderhandlungen gegen das Verbot sowie auch die Aufforderung oder Anreizung dazu werden, sofern die betreffenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Gründe: Tropfen die Tribüne bereits am 27. 1. wegen eines heftigen Artikels verboten ist, bringt sie in ihrer ersten Nummer 24 nach der Freigabe einen neuen Heftartikel mit der Überschrift: „Die Tribüne nimmt den Kampf wieder auf“, welcher durch Inhalt und Form geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Sicherheit in erheblichem Umfange zu gefährden.

gez. v. Stolpmann, Generalleutnant,
No.-Brig. 11 Ia 3346.

Zu dem Inhalt des Verbots braucht nichts gesagt zu werden, er spricht für sich selbst. Zwei Nebenstände ver-

dienen jedoch eine Beachtung. Zunächst der eine, daß dem Verbot ein Oberpräsident Schwaner zugestimmt hat, von dem man in Erfurt, das zur Provinz Sachsen gehört, bisher nichts wußte. Sollte Herr Schwaner in Hessen-Nassau amtieren, zu dem sich Cassel rechnet, so würde sein Zustimmungsgebiet sich über zwei Provinzen erstrecken, was eine neue Entscheidung auf dem Gebiete der Regierungskunst darstellte. Der andere Umstand ist der, daß am Tage des Verbots ein neues Blatt der Rechtssozialisten, das durch Zusammenfassung mehrerer benachbarter Organe entstand, zum erstenmale in Erfurt erschien. Ein glückliches Zusammentreffen, nicht wahr!

Die agrarische Reaktion rüst II

Dem „Nachrichtenblatt des deutschen Landbundes“, einer Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die verschiedenen Verbände der Agrarier vom „Bund der Landwirte“ bis zum letzten Bauernverein zu einer Einheit zusammenzufassen, entnehmen wir folgende Notiz:

Der Vorstand des Wirtschaftsverbandes Oberbarnim schreibt:

Am Tage unserer Vorstandssitzung, dem 23. Januar 1920, lagen insgesamt 89 Erklärungen der Ortsgruppen und Ortsvereinigungen zu unserer Anfrage wegen Stellungnahme zum Generalstreik vor. 81 Ortsgruppen stimmten dem Vorschlage zu, im Falle eines Generalstreikes sämtliche Lieferungen von Lebensmitteln an Streitbezirke für die Dauer des Streikes einzustellen. Nur 8 Ortsgruppen lehnten ab.

Somit hat sich weitaus die Mehrzahl aller Landwirte des Reiches für die Lieferungsverweigerung ausgesprochen. Der Vorstand sahte hierauf folgenden, alle Mitglieder bindenden Beschluß:

Für den Fall, daß seitens der städtischen und Industriellerkreise durch einen Generalstreik der Güter- und Personenverkehr und damit das wirtschaftliche Leben Deutschlands lahmgelegt und aufs schmerzhafteste gefährdet wird, wird die länderliche Bevölkerung des Reiches Oberbarnim diesen Streik dadurch bekämpfen, daß sie sämtliche Lieferungen, ausgenommen die Lieferungen an die eigenen Kreisstädte und unmittelbaren Nachbarn solange einstellt, wie der Generalstreik dauert. Auch eine Ablieferung an die Kommissionsstädte soll unterbleiben, damit jede Lieferung der großen Masse wegfällt. Lieferungen mit Kasse oder Kreditwagen an Stelle der ruhenden Bahnen unterbleiben.

Zur Ergebenheit des Wirtschaftsverbandes Oberbarnim wird überall zu Nachahmung empfohlen.

Sollen wir einen Kommentar dazu schreiben? Es erscheint uns nicht nötig. Aber den organisierten Landarbeitern, deren Generalversammlung heute in Berlin beginnt, möchten wir diese Vorläufe zur Beachtung empfehlen.

der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Agrarier. Sie schreibt:

„Daß der Hafer wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen wird, ist eine Inkonsequenz und erschwerende Umkehr auf einem an sich richtigen und nur eben allzu zögernd beschrittenen Wege. Damit wird seine Freigabe nachträglich zum Fehler gestempelt. Im ganzen stellt auch diese Regelung naturgemäß nur eine Zwischenstation dar in der Entwicklung zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der Landwirtschaft, die nach wie vor das Ziel bleiben muß.“

Diese Zwischenstation werden die Agrarier vielleicht akzeptieren, da sie daraus rechnen, daß bis zum Herbst durch die Reichstagswahlen das Kartell der gesamten bestehenden Klasse von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten die Macht erriegt und daß dann die Zwangswirtschaft für die Agrarprodukte gänzlich aufgehoben wird; an ihre Stelle würde dann die Zwangswirtschaft für die Arbeiter treten, und zwar auch politisch! Das heißt, daß dann die Rechte, die die Arbeiter zur Erlangung wirtschaftlicher Fortschritte besitzen und die ihnen schon jetzt durch Belagerungsmaßnahmen und Genur bis zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert sind, völlig genommen würden, so daß die Arbeiter unter der Teuerung zusammenbrechen müßten. Denn, wenn Brot und Kartoffeln sich verteuern, dann werden auch Milch, Butter, Fleisch und Fett in gleicher Weise im Preise steigen, es würde also eine Verteerung der Ernährung um das Fünffache bis achtfache der Ausgaben von 1913, um

das zwei- bis dreifache der jetzigen kommen! Steigen aber die Kosten der Ernährung, dann auch die der gesamten Lebenshaltung, es würden Bekleidung und Heizung, Kleidung und Wäsche in gleicher Weise emporsteigen.

Daß demgegenüber das Unternehmertum sich bereit finden sollte, fremdlich, die Löhne entsprechend zu erhöhen, ist ausgeschlossen. Die langsam hinsiechenden Verhandlungen über die gleitende Lohnskala beweisen, wie groß der Widerstand jener Kreise ist. Aber selbst wenn eine außerordentlich wirkende Erhöhung der Löhne und Gehälter gesetzlich festgelegt würde, wie sollte sie all denen zugute kommen, die nicht in der großen Industrie, sondern in der Heimarbeit und in den zerstückeltesten Kleinbetrieben tätig sind.

Daß dabei der Mittelstand, den angeblich die reaktionären Parteien immer schützen wollen, vollständig zerrieben und zermalmet werden muß, ist eine weitere Folge dieser Teuerung, die von der Reichsregierung als ein unabwendbares Schicksal betrachtet wird, statt daß sie rechtzeitig dafür gesorgt hätte, die landwirtschaftliche Produktion unter staatliche Aufsicht zum Nutzen der Allgemeinheit zu stellen. Jetzt will sie, trotz aller Warnungen, die ihr die bisherigen Misserfolge reichlich erteilen, wiederum den Anreiz zur Produktion und zur Lieferung durch die Erhöhung der Preise erreichen, ohne gleichzeitig für die Befreiung der Produkte die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Mit Sammelprüfungen darf man die Agrarier dabei freilich nicht erschaffen und auf ihren guten Willen erst recht nicht rechnen. Doch

haben ist die heutige Regierung so weit entfernt, wie nur irgendeine der wilhelminischen Zeit, und so steigen denn die Kosten der Ernährung in unheimlicher Weise und werden bis zum Zusammenbruch der Weichheit der Bevölkerung sich weiter in die Höhe schrauben.

Nach den Berechnungen des Berliner statistischen Amtes betrug der Preis für die rationierten Lebensmittel im Juli 9,89 M., im November 10,58 M., im Dezember, in dem es weniger gab, nur 8,67 M., aber im Januar bereits 12,87 M. Die Teuerung zeigt sich bei der Berechnung auf je 1000 Kalorien (Wärmeeinheiten der Nahrung) noch deutlicher: Im Juli kosteten sie 66 Pf., im November 81 Pf., sie sanken im Dezember auf 76 Pf. und stiegen im Januar 1920 auf 108 Pf.

Noch größer war die Preissteigerung der im freien Handel hinzugekauften Lebensmittel: Sie stiegen von 7,81 M. auf 24,86 M., dann auf 31,21 M. und im Januar 1920 auf 31,60 M. Das macht für je 1000 Kalorien 23, 56, 59 und im Januar 1920 60 Pf.

Nicht viel weniger schnell die Preise für die im Schleichhandel gefaßten unentbehrlichsten Nahrungsmittel in die Höhe, die erforderlich waren, um eine normale Ernährung zu ermöglichen. Es stiegen die schon im Juli sehr hohen Schleichhandelspreise von 8,85 auf 16,87 M., dann auf 20,25 M.; sie sanken im Januar 1920 auf 18,71 M.; aber dieses Herabgehen der Preise war nur scheinbar, denn auf 1000 Kalorien berechnet ergibt sich für den Juli eine Ausgabe von 35 Pf., die dann auf 42, auf 43 und im Januar 1920 auf 47 Pf. stieg. Die Gesamtausgaben betrugen im Juli 26,55 M., im November 52,31 M., im Dezember 60,13 M. und im Januar 1920 63,98 M.; für je 1000 Kalorien im Juli 125 Pf., im November 247 Pf., im Dezember 281 Pf. und im Januar 1920 bereits 3 M.

Ein Erwachsener braucht also im Januar bereits 60,13 M. wöchentlich für eine normale Ernährung (von 3000 Kalorien) im vollen Monat Januar, also 260,29 M. Würden die Preise des Januar das ganze Jahr hindurch gleich bleiben, so ergäbe sich eine Gesamtausgabe allein für die Ernährung eines Erwachsenen von 3195 Mark! Nun sind aber im Februar die Preise für Brot, Kartoffeln und Milch gestiegen, nach den Verleihen, die das Reichswirtschaftsministerium jetzt macht, werden sie noch weiter steigen, und zwar bis auf das Doppel- und Dreifache. Welche riesigen Sprünge die Löhne und Gehälter machen müßten, um dies auszugleichen, läßt sich mehr ahnen, als genau im Voraus berechnen, da, wie gesagt, mit dem Steigen der Lebensmittelpreise auch die Gesamtausgaben des Lebensunterhalts steigen.

Die Pläne der Regierung bedeuten also eine ungeheure Belastung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Wie weit die geforderten Preissteigerungen durch Steigerung der Produktionskosten berechtigt sind, dafür wird die Regierung den Beweis antreten müssen. Sache der Arbeiter aber ist es, sich kampfbereit zu halten, wenn sie nicht einer noch nie dagewesenen Verelendung rettungslos verfallen wollen!

Das Reichsschulnotgesetz.

Die Konferenz der Staatsregierungen hat den Erlaß eines Reichsschulnotgesetzes beschlossen, das noch vor Ostern nächsten Jahres die dringlichsten Schulangelegenheiten reichsweit einheitlich regeln soll. Inhalt dieses Notgesetzes ist die Bestimmung, daß die Volksschule in den ersten vier Jahren zugleich als Grundschule für das mittlere und höhere Schulwesen eingerichtet ist. Die bestehenden öffentlichen Vorklassen und Vorklassenklassen sollen aufgehoben werden.

Die in Aussicht genommene Lösung bleibt ganz unzureichend. Man sieht eine vierjährige Grundschule vor. Das heißt, die bestehenden öffentlichen Vorklassen fallen allgemein fort und bis zum vollendeten 10. Jahre bleiben alle Kinder miteinander im gleichen Unterricht. Das ist ein zweifellos fortschrittlicher Schritt, und seine Folge wird offensichtlich sein, daß diesen vier Grundschuljahren nun eine allgemeine Sorgfalt und Liebe zugewandt wird, die bisher ihnen oft gefehlt hat, daß man durch Verkleinerung der Klassen, Umgestaltung und Ausbau der Lehrpläne und Methoden, sorgfältigster Ausbildung und Auswahl der Lehrer in diesen Grundschulen etwas wirklich Neues schafft. Es würde gut sein, diese vier ersten Schuljahre, überhaupt in größeren Orten, von den späteren zu trennen und dagegen mit den Kindergartenjünglingen zu verbinden, da Aufgaben und Methoden in beiden sich einander nähern sollten, wenn — ja, wenn wir wirklich bei dieser nur vierjährigen Grundschule stehen bleiben und auf sie, wie der Plan scheint, um wieder sein kinderlich die alten Schularten aufzubauen: Volksschule, Mittelschule, höhere Schule — mit ihrer Klassen-trennung und der ungeliebten Scheidung; die Ausbildung zum Handarbeiter bis zum Kopfarbeiter. Geschicht das, so wird diese vierjährige Grundschule ein Kompromiß mehr unter unsern vielen Kompromiß- und Niederjungen. Warum? Weil bei all diesen Versuchen ausgespart wird von den höheren Schulen und ihren Zielen: der Universitätsstufe, und ihren Bedürfnissen: ausgiebige Zeit zu belassen für fremdsprachlichen und mathematischen Unterricht.

Das aber bedeutet, den Fiel am Schwanz aufhängen. Nicht die heutige Universität und die heutige höhere Schule ist der Ausgangspunkt, von dem aus sich eine Schulreform zu entfalten hat, die ihren Namen verdient, sondern die allgemeine Volksschule, die auf eine ganz andere und viel breitere Basis zu stellen ist, von ganz anderen Voraussetzungen aus aufzubauen hat, wie sie diese Abschlagszahlung von Grundschule schafft. Erhalten wir sie, auf, so werden wir versuchen, auch mit ihr das Mögliche zu erreichen. Aber das, was wir verlangen und wofür wir uns einsetzen müssen, ist etwas vollkommen anderes: nicht die vierjährige und auch nicht die sechsjährige Grundschule mit einem Aufbau von mittleren und höheren Schulen, sondern eine allgemeine Arbeits- und Produktionschule mit Verzweigungen nach der Art der Betonungen und mit unbeschränktesten Ausbildungsmöglichkeiten von jeder Stelle des Systems aus.

Ein langer Weg bis dahin! Um so weniger dürfen wir das Ziel aus dem Auge verlieren und uns durch Schulreformen ablenken lassen.

Polen und Sowjetrußland.

Das sozialdemokratische Krakauer Organ „Naprzód“ meldet unter dem 11. Februar aus Warschau:

Die Koalition habe beschlossen, dem Staatsoberhaupte Biljudo in der Frage des Friedensschlusses mit Sowjetrußland freie Hand zu lassen. England unterstütze dringend den Gedanken des Abschlusses eines Waffenstillstandes und der Einstellung von Friedensverhandlungen.

Die Polnische Telegraphenagentur verbreitet unter dem 9. Februar aus Wien folgende Meldung:

„Das Korrespondenzbüro bringt ein Funkentelegramm aus Moskau mit dem genauen Wortlaut eines Aufrufes des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees an das polnische Volk. In diesem Aufruf wird gesagt, daß die Feinde der Arbeiterklasse die beiden Nachbarvölker Polen und Rußland gegeneinander aufgeführt haben. Diese Völker müßten in Freundschaft leben. Es ist Frankreich und England nicht gelungen, Rußland und Estland gegen Rußland aufzuheben.“

Das russische und das polnische Volk haben sich 100 Jahre lang unter der Regierung der Tyrannen befunden. Es sei verständlich, daß man die Polen in den Augen der früheren Unterdrücker erblicke. Gegenwärtig habe Rußland jedoch eine Arbeiterregierung und wolle mit Polen in Freundschaft leben. Die Feinde Rußlands seien die Feinde Polens. Rußland habe niemals Eroberungen auf Kosten Polens gewünscht und es habe schon im ersten Augenblick die Unabhängigkeit Polens anerkannt. Es habe keine versteckten Absichten. Die kleinen Randstaaten, wie Estland, würden möglichst weitgehende Konzessionen erhalten, damit sie den Arbeitermassen den Frieden geben können.

Die Polen müssen verstehen, daß der Friede die aufrichtige Absicht Rußlands sei. Nach dem Siege über Koltschal, Judenitsch und Denikin wird die Arbeiterklasse Rußlands die Herrschaft einer Klasse über die andere verhindern. Die Freiheit Polens sei die Hauptbedingung der Freiheit Rußlands.

Das Zentral-Exekutiv-Komitee Rußlands beschließt den Friedensvorschlag vom 30. Januar und fordert zum Aufgeben des Mißtrauens auf, damit beide Völker den Krieg gegen die Kälte, den Typhus und die Arbeitslosigkeit beginnen können. Es überfende dem polnischen Volk, daß durch den Frieden und seine Bourgeoisie unterdrückt worden sei, und während des Krieges von allen Völkern am meisten gelitten habe, seine Gräfte. Das Zentral-Komitee drückt die Hoffnung aus, daß auf der Grundlage des Friedens die besten Beziehungen zwischen Rußland und Polen entstehen werden.“

Polens Friedensbedingungen.

Der Minister des Äußeren Patek hielt eine große Konferenz mit den Pressevertretern ab. Patek erklärte, daß der solche Friedensschluß mit Rußland in erster Reihe aus wirtschaftlichen Rücksichten notwendig ist. Trotzdem habe es Polen nicht nötig, einen Frieden mit jedem Preis zu schließen. In bezug auf die Kriegsverträge der polnischen Regierung erklärte Patek, daß der Frieden mit Rußland den Polen die sichere Grundlage der weiteren Entwicklung gestatten muß. Polen wird auch bestritt sein, allen russischen Randstaaten die Unabhängigkeit zu sichern. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die polnische Regierung die Friedensbedingungen im Einverständnis mit der Entente ausarbeiten wird.

Wie die Warschauer Blätter melden, wird an den zuständigen Stellen ein Antragsentwurf der Friedensbedingungen gegenüber Rußland gearbeitet. Die Ministerien wurden aufgefordert, erklärende Angaben über die wirtschaftliche, militärische und politische Lage Polens zu erstatten. Am Mittwochabend fand eine wichtige Beratung statt, an welcher Ministerpräsident Sulski, der Minister des Äußeren, der Finanzminister, der Versorgungsminister und der Kriegsminister teilnahmen. Von den parlamentarischen Gruppen sind es allein die Sozialisten, welche die sofortige Andoahnung von Friedensverhandlungen verlangen.

Russischer Protest.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin hat in einer Note an die beteiligten alliierten und skandinavischen Staaten gegen das Abkommen, wonach Spitzbergen an Norwegen abgetreten wird, Einspruch erhoben. Tschitscherin erklärt, Rußland habe wichtige Interessen in Spitzbergen und denke nicht daran, eine Regelung anzunehmen, an deren Zustandekommen es nicht mitwirken konnte.

Das englisch-russische Abkommen.

Der Kopenhagener Korrespondent erzählt, daß zwischen O'Grady und Litwinoff abgeschlossene Abkommen bestimme u. a. daß alle britischen Kriegs- und Zivilgefangenen in Rußland freigesetzt werden, während England die in England befindlichen russischen Gefangenen freiläßt.

Russisch-rumänische Kämpfe.

Nach rumänischen Meldungen haben die Bolschewisten bei Rahliew die rumänischen Truppen angegriffen, wurden aber blutig zurückgeschlagen. Die Hauptstreitkräfte der Bolschewisten näherten sich dem Donetz.

Zürstliche Bekken für Scheidemann.

Die nationalisierte Presse berichtet mit Begehren, daß im Schloß Wilhelmstal bei Kassel Möbel für Philipp Scheidemann, dem neugewählten Bürgermeister von Kassel, requiriert worden sind. Drei Magistratsmitglieder aus Philippsthal haben einen Antrag an Otto Braun, den Landwirtschaftsminister, gestellt, in dem sie eine Überlassung von „Geräten“ zur Ausstattung der Wohnung des Oberbürgermeisters ersuchen. In Uebereinstimmung mit Herrn Siedelmann hat Braun dem Antrag stattgegeben, und Kurt Heineg wurde beauftragt, die erforderlichen Bestimmungen zu treffen und mit den Vertretern des Antragstellers (des Magistrats) zu verhandeln. Denn — der Magistrat will selbstverständlich die „Geräte“ künstlich erwerben. Scheidemann ging nach Wilhelmstal und wählte aus und Heineg bestellte die Auswahl und verhandelte mit den Vertretern des Antragstellers. Alles wird gut und Philipp und die Seinen können sich ruhig der fürstlichen Himmelbetten erfreuen, wenn nicht in der Kasserler Regierung ein Reibdammer läge. Die Regierung bekam Wind und schlug Alarm, erhob überall Beschwerde, wo es nur irgend anging. Und wenn Scheidemann trotzdem wohl zu seinen „Geräten“ aus dem Kasselstädtchen kommen wird, so wird die Gemütsfreiheit seiner neuen Wohnung nun doch ein wenig durch den Lärm der Presse beeinträchtigt.

Wir gönnen Scheidemann natürlich das Vergnügen. Nach unserer Meinung ist es ganz gleichgültig, ob die Möbel hier oder dort stehen, ob sie von Familie Scheidemann benutzt oder von den Rotten und Holzwürmern gestressen werden. Aber von sehr viel Takt und Feingefühl zeugt es nicht, wenn die Männer der Republik meinen, sie müßten sich mit den häßlichen

Requisiten fürstlicher Pracht umgeben. Bürgerliche Einfachheit — von proletarischer Beschcheidenheit wegen mit Scheidemann gegenüber natürlich nicht zu sprechen — würde angenehmer wirken.

Für die nationalisierte Presse ist das natürlich ein gefundenes Fraßes. Sie glaubt nationale Güter hätten zu müssen und rebelt von einem „Akt der Unkultur“. Ob sie gerade ein Recht dazu hat, das ist nun doch recht fraglich.

Die Buchdrucker und die Zeitungsverbote.

In der letzten Mitgliederversammlung des Ortsvereins S a M e des Verbandes der Buchdrucker wurde nach eingehender Aussprache einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, wonach die Zeitungsverbote als eine Anfechtung der Pressefreiheit angesehen und der Hauptvorstand aufgefordert wurde, alles zu tun, um die durch die Unterdrückung der Meinungsfreiheit bedingte Schädigung des Buchdruckerstandes abzumehren. — Unter den Buchdruckern der Leipziger Zeitungen fanden am Mittwoch Abstimungen darüber statt, ob man wegen des Verbotes der Leipziger Volkzeitung in einen Streik eintreten solle. Die Ursache war der Beschluß einer Versammlung vom Dienstag, die für den Streik eingetreten war. Dem rechtsozialistischen Hauptvorstand gelang dieser Beschluß durchaus nicht und er setzte durch, daß die Beschlässe in den Zeitungsdirektionen noch einmal besonders darüber abstimmen. Darauf wurde in den einzelnen Zeitungsbetrieben Leipzig eine Abstimmung der Buchdruckerentscheidungen vorgenommen, die meist das Ergebnis hatte, daß sich die Mehrheit der Buchdrucker gegen den Streik aussprach. — Die Massenloyalität bei den Buchdruckern eben noch sehr wenig entwickelt. — Die Buchdrucker in Dresden haben in einer Versammlung beschlossen, gegen das Verbot der „Dresdener Unabhängigen Volkszeitung“ mit allen Mitteln anzukämpfen. — Wenn sie etwa mit denselben Mitteln zu „Kämpfern“ gebildet, wie ihre Leipziger und Berliner Kollegen, dann werden Waerder und Roske schon — erschrecken.

Die Unterschlagungen auf den Truppenübungsplätzen.

Ueber die Diebstähle von Geschossmaterial auf den Truppenübungsplätzen wird jetzt das amtliche Untersuchungsergebnis veröffentlicht, das die Verantwortlichkeit der Militärbefehrer in außerordentlichem Maße enthält. Trotzdem der größte Teil des unterschlagenen Materials „vorläufiglich“ wieder in den Besitz der Heeresverwaltung gelangt sein soll, wird angegeben, daß der — gewiß nicht allzu hoch — geschätzte Wert des Diebstahls auf dem Truppenübungsplatz Döberitz 15—25 000 M., Nürtenberg 60 000 M. und Summersdorf ebenfalls 60 000 M. beträgt. — Trotz dieser respektablen Zahlen wird befriedigt festgestellt, daß die Ueberwachung nicht ausreichend sei. Wenn andererseits angegeben werden muß, daß die Ueberwachung Schädigungen in dem oben genannten Umfang nicht verhindern konnte, so zeigt dieser Widerspruch die Planlosigkeit der Heeresverwaltung in der Führung des Staatseigentums.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlicht eine Statistik über den Stand der deutschen Konsumgenossenschaften. Angefaßt waren dem Zentralverband am 31. Dezember 1919 angeschlossene 1127 Konsumgenossenschaften gegen 1067 im Jahre vorher. Zur Verbandsstatistik berichteten 1088 Genossenschaften mit über 2,5 Millionen Mitgliedern. — Im Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften waren etwa 300 000 Mitglieder organisiert. Eine Anzahl anderer amfassenreicher Konsumvereine umfaßte etwa 600 000 Mitglieder. Insgesamt verfügen die deutschen Konsumvereine über etwa 3/4 Millionen Mitglieder. Da sie ebenfalls Familien repräsentieren, kann geschlossen werden, daß rund ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands Konsumgenossenschaftlich organisiert ist.

Die Reaktion in Finnland.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Stockholm, 15. Februar.

In Finnland wurde am 11. Februar der frühere Volkskommissar der roten finnischen Revolutionsregierung O. W. Kuusinen verhaftet. Kuusinen war einer der besten Männer der sozialdemokratischen Partei Finnlands. Er war früher Vertreter für die finnische Partei im internationalen Bureau in Brüssel und gehörte zur finnischen kommunistischen Partei, ihm droht jetzt das Todesurteil der kurzfristigen weihstimmigen Regierung. Der weiße finnische Bürgerkrieg legt nach neuen Opfern.

Eine ungarische Note an Oesterreich.

Die ungarische Regierung ließ durch ihren Gesandten Grafen dem Staatskanzler Renner eine Note überreichen, die sich mit der durch den Frieden von St. Germain vorgesehenen Abtrennung eines Streifen von Westungarn an Deutschland befaßt. Die ungarische Regierung macht, um die freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten nicht zu trüben, der österreichischen Regierung offiziell den Vorschlag, daß die Frage der künftigen politischen Zugehörigkeit des erwähnten Teiles Westungarns auf neuer Basis im gegenseitigen freundschaftlichen Einvernehmen entschieden wird. Sie lobt die österreichische Regierung zu Verhandlungen auf dieser neuen Basis ein.

Zur Erneuerung der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Die Regierung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollen demnach durch Gesetz neu geregelt werden. Der Gesetzesentwurf ist bereits fertiggestellt. Am Freitag fand in den Räumen der Kaiser-Wilhelms- Akademie eine Sitzung des Gesetzgebungsausschusses der Nationalversammlung mit den Vertretern der Kriegsbeschädigten, und Kriegshinterbliebenen-Organisationen statt, die den Zweck hatte, eine vertrauliche Aussprache der beteiligten Kreise herbeizuführen.

Wegen Spionage zugunsten der Zentralmächte. Verletzung des Bundesvertrages mit Serbien usw. wurde vom Kriegsrat in Wien der Oberst Weterles zum Tode und der General Dusmanis zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt.

Wahlungen der Polen. Das polnische Kriegsministerium verfügte die erneute Musterung der Militärpflichtigen der Jahrgänge 1907 bis 1901. Alle erteilten Aufschübe sowie Entlassungen der Militärpflichtigen wurden rückwirkend gemacht. Es ist die Angst vor den Volkseigenen, was die Polen zu diesen militärischen Anstrengungen reizt.

Abrechnung des Frauenzimmerrechts im Kanton Zürich. Die Frage der Einführung des Frauenzimmerrechts wurde im Kantonsrat Zürich einer Volksabstimmung unterworfen. Inzwischen teilte die 109 577 Stimmberechtigten am 21. Februar, bei denen nur 21 608 mit Ja und 87 969 mit Nein stimmten. Das Frauenzimmerrecht im Züricher Kanton ist also wie richtiger Recht abgelehnt worden.

Antwort an Kautsky.

Von Georg Ledebour.

II.

Die U. S. V. D. hat sich auf dem Leipziger Parteitag mit überwältigender Mehrheit und in voller Übereinstimmung auch mit der Mehrheit der Parteigenossen im Sinne eines revolutionären Programms bekannt. Die Bedeutung dieses Beschlusses wird dadurch in seiner Weise abgedeutet, daß es vorher einen ziemlich hitzigen Meinungsstreit darüber gegeben hatte, ob ein direkter Anschluß an die dritte Internationale oder ein Zusammenfassung aller revolutionären Sozialisten einschließlich der kommunistischen Parteien gesünder werden solle. Beide Wege sind revolutionär, sie bedeuten beide die Abkehr von der reformistischen zweiten Internationale. Nach meiner Ansicht ist sogar der von mir selbst und anderen Genossen befürwortete Weg des Zusammenschlusses aller revolutionären Sozialisten in einem Parteistück weit revolutionärer als der von anderen Genossen empfohlene direkte Anschluß an Moskau. Doch das mag dahingestellt sein. Kautskys Beschlüsse zur zweiten Internationale hat überhaupt keinen Wert. In Leipzig wurden mehrere hunderttausend Parteimitglieder und noch mehr aufgewärmte Plänen derart abgelesen, daß sie es für ratsamer hielten, auf deren Geltendmachung in Leipzig überhaupt zu verzichten. In einer revolutionären Zeit ändernd, sich überstürzender Entwicklung wird die Zurückweisung von Extrablagenden immer hin und wieder notwendig werden, ohne daß aus einer solchen Zurückweisung auf eine Rückgängigmachung der bisherigen Entwicklung der Partei zur Abweigerung aller wirksamen revolutionären Mittel geschlossen werden darf.

Da ich selber in Leipzig jenen Extrablagenden entgegenzutreten mußte, mich aber auch bemüht habe, die revolutionäre Entwicklung unserer Partei in der Weise zu beeinflussen, daß wir keinerlei Abspaltungen zu befürchten brauchen, wird Genosse Kautsky hoffentlich meiner Versicherung einigen Wert beimessen, daß wir die Ausgestaltung der U. S. V. D. zu einer dauernd tatbereiten Revolutionspartei auch weiter noch Kräften fördern werden. Nichts, was die Regierung tut, und nichts, was er selber schreibt, wird uns davon abbringen. Auf das allerentschiedenste Widerspruch ich deshalb der folgenden programmatischen Schlussfolgerung Kautskys:

„Das Interesse des Gesamtproletariats verlangt von den Unabhängigen, ausgesprochen und klar zu sein...“

Der verlangte Verzicht auf alle gewaltsamen Umwälzungen“ erscheint mir im Grunde eines so gründlich beschränkten Marixismus höchst verwunderlich. Ich dachte, wir alle, einschließlich Kautskys, seien bisher der geschichtlich begründeten Ansicht gewesen, daß ein gewaltsamer Umsturz in letzter Linie nicht von dem Wunsch oder Willen einzelner Personen oder auch einer ganzen Partei abhängt, vielmehr ein auf Grund eines wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsanges objektive notwendig gewordener geschichtlicher Vorgang ist. Ein Vorkaus, dessen objektive Notwendigkeit zur Verwirklichung immer des tatbereiten Willens einer revolutionären Klasse oder revolutionären Partei bedarf. Augenommen, wir Unabhängigen wären im Jahre 1918 den auch damals schon laut werdenden Warungen der Vorwärtskommission in unseren Reihen gefolgt und hätten uns von allen revolutionären Vorbereitungen und Bestrebungen ferngehalten, wäre dann der Umsturz im November 1918 nicht gekommen? Er mußte kommen, weil die Welt schon vorher gung damit. Nur wir wären nicht seine Geburtshelfer geworden. Oder, um ein biblisches Beispiel zu gebrauchen: uns wäre es gegangen wie den Weiblichen Jungfrauen, die kein Öl auf ihre Lampen geoffen hatten.

So wird Kautsky sagen, aber habe ich denn den Verzicht nicht nur unter den gegebenen Verhältnissen „verlangt“?

Ein Verzicht auf Umsturzpläne kann von einer revolutionären Partei auch nicht unter gegebenen Verhältnissen, also wegen einer für solche Politik augenblicklich ungünstigen Konjunktur, ausgesprochen werden.

Ich kann mich da für meine Auffassung auf einen Gelehrtenmann berufen, dessen Urteil auch Kautsky sicher einen hohen Wert beimessen wird. Es ist das Friedrich Engels, dessen Ausführungen über das Recht auf Revolution im „Deutschen Revolutionsalmanach“, herausgegeben von Ernst Drahn und Dr. Ernst Friedberg, veröffentlicht worden sind. Engels geht bei seinen Darlegungen von der Tatsache aus, daß der bestehende politische Zustand in ganz Europa das Ergebnis von Revolutionen ist, und weist dann an Einzelbeispielen nach, daß tatsächlich alle Parteien bis an den Konterrevolutionären den gewaltsamen Umsturz propagierten. Seinen weiteren Ausführungen entnehme ich folgendes:

„Nicht Partei hat je das Recht auf bewaffneten Widerstand unter gewissen Umständen verleugnet, ohne zu lägen. Seine hat auf dies höchste Recht bezüglichen Diktum, kommt es aber erst dann an, die Umstände zu diskutieren, für die eine Partei sich dies Recht vorbehält, so hat man gewonnenes Spiel. Da geht es um die Freiheit des Fortschritts. Und moralisch eine rechtliche Pflicht, also von oben herab auf die Revolution direkt angewandt werden sollte. Solche Rechtfertigung kann sich höchst wiederholen, wie sie schon einmal gekommen. Einer solchen Partei eine solche bedingungslose Erklärung abzugeben, ist rein widersinnig...“

„...Dah die neue Demokratie in Deutschland eine weit untergeordnete Rolle spielt als in Ländern industrieller Entwicklung, ist selbstverständlich. Aber das verhindert nicht, daß sie im Moment der Revolution als äußerste kämpferische Partei, als welche sie sich zu zeigen in Frankfurt aufgeblüht, als letzter Rettungsinstrument der proletarischen Revolution und selbst feudalen Wirtschaftsmomenten Bedeutung bekommen kann. In einem solchen Moment tritt die gesamte reaktionäre Klasse hinter sie und vertreibt sie: alles, was reaktionär war, gebärdet sich dann demokratisch...“

„...So ist es in jeder Revolution gegangen: die gesamte reaktionäre Klasse hinter sie und vertreibt sie mit uns. Aber, wenn wir nur darin die Besten die letzte Möglichkeit der Rettung sehen...“

„...Nebenfalls ist unter einigiger Wegnahme am Tage der Krise und am Tage nachher die reine Demokratie sich gruppierende Sozialrevolution...“

Es ist besonders wichtig, daß ich diese vorstehende Beurteilung der heute „in die reine Demokratie sich gruppierenden Sozialrevolution“ der Mainammer des — „Vorwärts“ von 1919 entnehmen konnte.

Aus dem Hinaus geht aber auch wohl mit hinlänglicher Deutlichkeit hervor, was Friedrich Engels auf Kautskys Annäherung antwortet würde, daß wir unter den gegebenen Verhältnissen nur auf dem Boden der gegebenen Verfassung und unter Verzicht auf alle gewaltsamen Umsturzpläne Opposition machen dürfen. Ich will aber doch nicht verlocken, um allen Widersparungen vorzubeugen, ausdrücklich zu betonen, daß die erbetene Zurückweisung eines Verzichtes auf Anwendung von Gewalt nicht etwa beduten soll, wir würden unbedenklich mit die augenblickliche Situation irgendeinen gewaltsamen Umsturz zu forcieren. Ob wir einmal genötigt sein werden, gewaltsame Mittel zur Erreichung unserer Ziele anzuwenden, können wir heute ebensowenig wissen, wie Engels zu seiner Zeit. Ein Punkt darüber würde, wie Engels mit Recht sagt, vom Hundstod und Tausendmal über und wäre deshalb ganz zwecklos. Auch für uns gilt heute noch das Wort, daß wir bereit sein müssen, je nach der Veränderung der Verhältnisse jeden Tag unsere Taktik zu ändern. Wir müssen für die revolutionäre Entwicklung und alle Möglichkeiten der Verwirklichung offenhalten. Aber würden wir Unabhängigen Sozialdemokraten uns zu dem von Kautsky gewünschten „Verzicht“ bekennen, so würden wir in der Gesellschaft des herrschenden Kapitalistenklasses zu einer sozial-reformistischen Partei verkommen. Wir würden denselben Weg gehen, den die rechtssozialistische Partei gegangen ist. Und ich sollte denken, deren Spuren sollten doch auch den Genossen Kautsky schrecken.

Nein, mein lieber Kautsky, ihr Gaffspiel in der „Weltbühne“ wird keinen Beifall auslösen bei der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Parteigenossen. Es wird unbedenklich wegfallen von unserer Bahn, wie die terroristischen Praktiken der Rote und Grüne und zurückweichenden können. Aber ich gebe auch jetzt die Hoffnung noch nicht auf, daß reiflicher Überlegung Sie dazu bringen wird, in der Clara Zetkin-Heine ebenso wie demselben in wiskelminischen Zeiten sich zu betätigen als ein konspiziver Gegner der herrschenden jetzt zur Abwehrlung einmal sozialistisch und demokratisch markierten Reaktion.

Wiederaufnahme des freien Handels mit Belgien. Nach einer Meldung der „Nation Belge“ wurde am Donnerstag ein belgisches Regierungsdoktrin veröffentlicht, wodurch der freie Handel zwischen Belgien und Deutschland wieder hergestellt wird.

Der Friedensvertrag zwischen Irland und Sowjetrußland wurde in letzter Session, den der englischen Nationalversammlung ratifiziert. Der Friede tritt damit in Kraft.

Waldtrift in Kanada. Der amerikanische Staatssekretär des Außenwesens, Lansing, ist zurückgetreten. Der Grund soll in Differenzen mit Wilson bestehen. An seiner Stelle wird Paul zum einstweiligen Staatssekretär ernannt werden.

Gewerkschaftliches.

Der Zusammenschluß in der Lederindustrie.

Genosse Wegmann schreibt uns:

In der Sonntagsnummer steht unter einem Versammlungsbericht über den Zusammenschluß der Lederindustrie der redaktionelle Hinweis, daß sich die sämtlichen freigewerkschaftlichen Organisationen der Lederwirtschaft (also Industrie und Handel) zu einem Gewerkschaftsverband zusammenschließen haben, um so die Vorstufe zu einem späteren Industrieverband zu bilden. Es wird nötig sein, daß sich die Zentrale der Betriebsräte mit diesem Kartell ins Benehmen setzt, um ein Gegeneinanderarbeiten zu verhindern.

Diesem ist folgendes zu bemerken: Die Zentrale der Betriebsräte hat, seitdem sie an die Zusammenfassung der einzelnen Industrie herangegangen ist, stets die in Frage kommenden Gewerkschaften vorher informiert. Es hat sich aber gezeigt, daß von einigen Gewerkschaftsführern — auch Mitgliedern der U. S. V. — uns entgegengearbeitet worden ist. Wir sind in der Zusammenfassung der Industrie trotz Verlegungszustand, trotz offenen und versteckten Widerstandes ein ganz gewaltiges Stück vorwärts gekommen und haben auf diesem Gebiet praktische Erfolge gesammelt.

Es wäre also wohl angebracht, an die Gewerkschaften, die sich zu Industriekartellen zusammenschließen wollen, die Aufforderung zu richten, sich mit der Betriebsrätezentrale Berlin, Wänsstraße 24 III, in Verbindung zu setzen.

Wir nehmen an, daß unsere immerwährende Parole: „Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter“ endlich auch bei den verschiedenen Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Wir freuen uns dieses Erfolges und wünschen nur, daß alle Gewerkschaften Hand in Hand mit der Betriebsrätezentrale zum Zusammenbau des Proletariats zu Industrieverbänden auf dem Boden des Kartells beitragen möchten.

Wir bemerken zu den Darstellungen des Genossen Wegmann, daß zu einem fruchtbaren Zusammenarbeiten natürlich der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden sein muß. Unseren Hinweis am Ende des Berichtes glaubten wir machen zu müssen, weil der Fall des Kartells in der Lederindustrie ein Roman ist und zum ersten Male eine direkte Verständigung zwischen der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaftsbewegung ohne den Umweg über die einzelnen Gewerkschaften erlaubt. Diese Möglichkeit sollte doch nicht unbenuzt gelassen werden.

Delegierterversammlung des Zentralverbandes der Angestellten.

Am gestrigen Sonntag fand die Delegierterversammlung des Zentralverbandes der Angestellten ihre Fortsetzung. Ueber den ersten Teil der Berichterstattung können wir wegen des Verzölers unserer Zeitung nicht berichten. Es war in dieser Versammlung zu scharfen Zusammenstößen, die besonders durch die Ausführungen des Vorsitzenden der rechtssozialistischen Delegiertenorganisation, Franz Krüger, hervorgerufen waren. Als Genosse Densel ihm entgegen, kürzte Krüger auf Densel zu und rief ihm am Arm. Krüger holte sich hierauf von Genossen Densel eine gefühlsame Ohrfeige. Nach diesem Vorgang wurde durch den entstandenen Tumult die Versammlung geschlossen. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Versammlung wurden über diesen Vorgang verschiedene Erklärungen abgegeben. Festgestellt ist, daß die Schuld an den Vorfällen Herr Krüger trägt.

Niebel kam auf den abgewählten Streit der Versicherungsangestellten zu sprechen und führte aus, daß der Streit vom Hauptvorstand unter vorangehenden Rechtsmitteln mit den Gehältern abgebrochen worden sei. Der Streit sei aus Gründen rechtssozialistischer Parteipolitik von Niebel abgewürgt worden, weil er den Fernen in der Regierung nicht in den Kram gepreßt habe. Ein großer Teil der Angestellten habe durch diese Vorankündigung das Vertrauen in den Verband verloren, ein anderer Teil habe mit dem Austritt quittiert. Von weiten Kreisen der Angestellten wird die Handlungsweise des Hauptvorstandes als glatter Verrat bezeichnet. Alle diejenigen, die die von den Unternehmern der Versicherungsbranche vorgelegten Forderungen unterschreiben, begeben an der Kollegenschaft ein Verbrechen. Zum Schluß verlangte der Redner von der Delegierterversammlung Aufklärung darüber, wie sie sich zum Streit der Versicherungsangestellten stelle und gestellt habe.

Fritz Schmidt beantwortete einige Anfragen und teilte mit, daß der Streit im Chemischen Großhandel abgebrochen worden sei, weil die Leitung der Transportarbeiter nicht die Forderungen gehalten habe. Der Hauptvorstand stellte sich beim Streit der Versicherungsangestellten auf den Standpunkt, daß das Streikziel schon erreicht gewesen wäre, als sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklärt hätten; jedoch seien die Ortsvereinigungen anderer Ansicht. Die Bedingungen, auf Grund derer der Streit abgebrochen worden sei, seien schließlich als höchstunzulässig zu bezeichnen. Die ganze Angelegenheit werde untersucht und reiflich aufgeklärt werden. Er, der Redner, sei überzeugter Anhänger der U. S. V. Rechtekreise sich jedoch nicht mit allem Unfug, der öfter verzeiht wurde. Als Gewerkschaftler müsse er es ablehnen, einseitige Aktionen zu unternehmen. Wer andere Handlungsmethoden der Gewerkschaft, Franz Krüger sei in der letzten Versammlung wie ein Tatz in der Straße herumgezogen. Der Redner kritisierte weiter die Ausführungen im „Vorwärts“ über den ersten Teil der Versammlung und wendet sich bei Behandlung der Tagesordnung gegen die Beschlüsse der Delegierterversammlung der rechtssozialistischen Delegiertenlisten. Von Regierungsschritte werde schon daran gearbeitet, die achtstündige Arbeitszeit aufzuheben. Es sei zu erlauben, daß an den Wahlen für die Betriebsräte Parteikandidaten aufgestellt würden. Es müßte eine einheitliche Front gegen die Reaktionen geschaffen werden. Weiter wendete sich Schmidt gegen die Fraktionsbildungen.

Nach weiterer Diskussion wurde eine Entschließung mit großer Mehrheit angenommen, die den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Angestellten wegen seiner Haltung beim Streit der Versicherungsangestellten, als stärkste Mißtrauen ausdrückt.

Bei den anschließenden Wahlen zum Ortsvorstand wurden u. a. Gohn zum 1. Vorsitzenden, Schröder zum 2. Vorsitzenden gewählt. Geschäftsführer sind weiterhin: Deuer, Schmidt und Puhlich.

Der Streit der Schwer- und Leichtfuhrwerkskasser beendet.

Wie bereits mitgeteilt, hatten die Kasser der gewerblichen Fuhrbetriebe Groß-Berlins am Montag voriger Woche in den Betrieben, wo sich die Unternehmer weigerten, die von ihnen geforderten 80 M. Feuerungszulage pro Woche zu gewähren, die Arbeit eingestellt. Zweck Beilegung der Differenzen hatte die Fuhrbetriebe-Jungmänner den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. In der am Sonntag stattgefundenen Verhandlung sollte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, wonach die hier in Betracht kommenden Arbeitnehmer neben ihren Tariflöhnen eine Feuerungszulage wie folgt erhalten: Ab 17. bis 30. Januar 80 M., ab 31. Januar bis 12. März 40 M., ab 13. März 45 M. pro Woche. Jugendliche unter 18 Jahren, die nur Teilungs- und Nebenlohn fahren, erhalten ab 17. Januar 30 M. pro Woche ohne Steigerung. Unabhängige Arbeiter erhalten ab Montag, den 16. Februar, zu ihrem Stundenlohn von 3 M. eine Feuerungszulage von 50 Pf. pro Stunde. Außerdem befragt der Schiedsspruch, daß Nachregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Die Arbeitgeber erklärten, sich diesem Schiedsspruch zu unterwerfen. Auch die Betriebsräte haben in der gestern stattgefundenen Sitzung einstimmig beschlossen, den Schiedsspruch anzunehmen. Damit ist der Streit beigelegt und die Arbeit wird heute aufgenommen.

Groß-Berlin.

Aufklärung des Raubmordes an dem Rittergutsbesitzer Otto.

Das Verbrechen an dem Rittergutsbesitzer Werner Otto und Schloßhüterin im Kreise Arnstode ist völlig aufgeklärt. Wenn auch die gerichtliche Untersuchung der Leiche die Möglichkeit eines Selbstmordes ausgeschlossen hatte, so kam die Kriminalpolizei durch ihre Ermittlungen zu der Überzeugung, daß Otto einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Einen wichtigen Aufklärungspunkt bei der Aufklärung des Tiergartenmordes, der tags vor der Tat zwei Männer gesehen hatte, die den nach dem Schloßberg führenden Weg gegangen waren und von denen der eine nach seiner Beschreibung mit dem später aufgefundenen Mörder identisch sein mußte. Besonders wertvoll für die weiteren Ermittlungen der Kommission aber war die Feststellung, daß außer der Leiche mit dem baren Gelde noch eine Anzahl Stücke Kriegsgeldscheine fehlten. Sie richteten in aller Eile ihr Augenmerk darauf, wo diese zum Kauf angeboren würden. Gleichzeitig beobachteten eine große Anzahl von Beamten in Kaffeehäusern die Gasse, weil damit gerechnet werden konnte, daß die Papiere in Schieberhänden auftauchen würden. Es gelang auf diese Weise, auch tatsächlich festzustellen, daß ein unter dem Namen „Vogers“ sehr bekannter junger Mann am Tage nach dem Tode des Rittergutsbesizers im Besitz von Kriegsgeldscheinen gewesen war. Auffällig war ferner, daß dieser „Vogers“ plötzlich aus Berlin verschwunden war, und mit ihm sein Freund „Martin“, in dessen Begleitung er sich stets sah. Die Nachforschungen der Kommission ergaben bald, daß „Vogers“ in der fraglichen Nacht mit dem Geldbesitzer zusammen gesehen worden ist. Er war mit ihm in einer Droschke in der Richtung nach dem Bahnhof Friedrichstraße gefahren und sein Freund „Martin“ in einem anderen Wagen hinter den beiden her. Nach einer Stunde kamen Otto und der „Vogers“ wieder zu Fuß zurück. „Vogers“ hatte jetzt den Geldbesitzer umarmt, während „Martin“ beiden auf der anderen Seite die Hände schüttelte. Folgte Otto und „Vogers“ bogen dann in die Jagestraße ein und entzweiten sich in der Richtung nach der Kanonenstraße, alle dem Tiergarten zu. „Martin“ in einiger Entfernung immer hinterdrein. Es gelang nun zunächst, die Personlichkeiten dieser beiden verdächtigen Männer festzustellen. „Vogers“ nannte sich immer Hans Köster, wurde aber sofort als ein 22 Jahre alter aus Stargard gebürtiger Kolporteur Johannes Gadow, sein Freund „Martin“ als ein 23 Jahre alter Motorfahrler Martin Kahlke. Gadow ist wegen schwerer Diebstahls und Urkundenfälschung schon wiederholt bestraft, Kahlke einmal mit einer Woche Gefängnis. Man wurde von den Gehältern über ein großes Aufgebot gesucht und viele Namen damit verbunden.

